FaktenCheck: HELLAS

Solidarität mit der Bevölkerung in Griechenland

Nummer 4 Juli 2015

Nikos Chilas Debatte um und in SYRIZA **S. 3 +++ Antje Vollmer** Demokratie-Aufbruch und Demokratie-Abbruch in Athen **S. 3 +++** Bonner Regierung und NS-Verbrecher in Griechenland **S. 4 +++** Flüchtlinge Nordgriechenland **S. 6/7**

Schwindende Hoffnung – bleibende Solidarität

Der Dreischritt, den es in Griechenland in einem Zeitraum von acht Tagen, zwischen dem 5. Juli und dem 13. Juli gab, ist extrem. Diesen Dreischritt kann man mit den Worten zusammenfassen: Sieg der Demokratie im Referendum am Sonntag, dem 5. Juli – Geste der Unterwerfung und ein letztes Angebot für einen denkbaren Kompromiss durch das griechische Parlament am Freitag, dem 10. Juli – bedingungslose Kapitulation des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras am Montag, dem 13. Juli. Der Ausgangspunkt und der Endpunkt dieser drei Etappen in der jüngsten griechischen Tragödie sind historisch.

Am 5. Juli stimmten 61,3 Prozent der Griechinnen und Griechen, die am Referendum teilnahmen, für die Ablehnung des neuen Austeritätsprogramms, das die EU, die EZB und insbesondere die Berliner Regierung dem Land abpressen wollten. Die Menschen in Griechenland taten dies, obwohl 80 Prozent der griechischen Medien für das „Ja" trommelten. Obgleich Brüssel und Berlin massiv ein „Ja" forderten. Und sie votierten derart eindeutig, obschon die EZB unmittelbar nach Ausrufung des Referendums die finanzielle Hilfe für griechische Banken einstellte, weswegen die Banken bereits am Montag vor dem Referendum geschlossen werden mussten. Bei dem Referendum stand das harte und unmoralische Argument „geschlossene Banken" gegen die „weiche" Forderung nach einem „Votum der Würde". Dennoch siegten Moral und Würde. Tags darauf schien Tsipras reiche Ernte einfahren zu können: Alle demokratischen Parteien mit Ausnahme der KKE unterzeichneten eine Erklärung, mit der sie Tsipras bei den Verhandlungen in Brüssel den Rücken stärkten. Der Führer der Opposition, Samaras, trat zurück. Die Opposition war führungslos.

Doch EU und Berliner Regierung machten umgehend klar: Demokratie ist für sie eine Lachnummer. Es gilt allein das Recht des Stärkeren. Oder auch: Die 60 größten griechischen Unternehmen hatten 2014 einen addierten Umsatz von 57 Milliarden Euro. Soviel setzt Volkswagen in einem Vierteljahr um. Alles klar?! Die Gläubiger verweigerten drei Tage lang jede Bereitschaft, ernsthaft neu zu verhandeln. Sie wiedeholten ständig: „Der Ball liegt im *griechischen* Feld". Warum bloß? Es gab einen EU-Vorschlag. Es gab ein griechisches Nein. Damit stand an, dass die Gläubiger ihre Position neu überdenken würden. Nach eineinhalb Wochen mit geschlossenen Banken knickten die griechische Regierung und das Parlament in Athen ein. Sie beschlossen frühmorgens am 11. Juli, assistiert von französischen „Beratern", ein „Reformprogramm", das weitgehend dem der Gläubiger von Ende Juni entsprach. Und nun lief es wie in Mafia-Filmen. „Genug ist nicht genug!", tönten die Gläubiger. Sie forderten stündlich mehr. Schäuble, Merkel und Gabriel verlangten jetzt sogar einen „Grexit auf Zeit" – als Drohkulisse zur Erzielung des totalen Siegs. Am Ende unterzeichnete Tsipras am 13. Juli eine Euro-Gipfel-Erklärung, in der es heißt, die „Glaubwürdigkeit Griechenlands" müsse „wieder hergestellt" werden. Das ist Kolonialherrschaftssprache pur.

Der Inhalt der Gipfel-Erklärung dokumentiert die bedingungslose Kapitulation. Das volle Programm der Gläubiger soll umgesetzt werden. Das Athener Parlament muss bereits in den auf den Gipfel folgenden drei Tagen die ersten entscheidenden Schritte zur Implementierung der Kapitulation beschließen. Der Text dokumentiert das Hineinregieren der Gläubiger bis in Details des griechischen Alltagslebens. So steht dort, dass die Geschäfte am Sonntag geöffnet und die Fähren „für den Wettbewerb geöffnet", also privatisiert werden. Vor allem aber ist dort eine „unabhängige" Treuhand-Anstalt („independent fund") vereinbart, auf die „griechisches Vermögen" im Gesamtwert von 50 Milliarden Euro übertragen werden muss. Hier geht es um bislang in öffentlichem Eigentum befindliche Unternehmen und Immobilien, die in Bälde seitens dieser Treuhand privatisiert werden sollen. Wir kennen Vergleichbares aus dem Deutschland der Wendezeit Anfang der 1990er Jahre. Die objektiven Werte, die in diese Hellas-Treuhand eingebracht werden, könnten tatsächlich bei 50 Milliarden Euro und mehr liegen. Doch eingenommen wird am Ende ein Bruchteil. Das heißt: Es geht um den Ausverkauf öffentlicher Güter zu Spottpreisen. Griechenland wird auf diese Weise auf den Status einer Halbkolonie gedrückt. Ob diese Halbkolonie noch von Alexis Tsipras – der zu einem Menschen wie Alexander Dubcek nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Prag 1968 zu degenerieren droht – verwaltet wird, ob eine Allparteien-Koalition diesen Job übernimmt oder ob die Banken doch noch kollabieren, es zu einem totalen Chaos kommt und die EU ein direktes Protektorat einzurichten versucht: All das ist offen. Wenn nicht noch etwas Außergewöhnliches passiert – ein Aufstand der Linken in SYRIZA, ein Generalstreik, eine breite Volksbewegung, die am Nein des Referendums anknüpft –, dann sind wir Zeugen eines *echten Staatsstreichs*. Die Machtübernahme erfolgt hier allerdings von außen – durch EU, EZB und IWF. Wobei diese „Institutionen" ihren Job im Auftrag der großen Konzerne und der Finanzwelt durchziehen, die die Ressourcen des Landes und eine weiter verarmende Bevölkerung ausbeuten werden.

Und wir? Wir haben bei dieser Tragödie eine Mitschuld. Es gelang der Linken in Europa nicht, die erforderliche breite Solidarität mit der Bevölkerung in Griechenland und mit der von SYRIZA geführten Regierung aufzubauen. Es gab in Madrid, Lissabon, Rom und Berlin keine Massenmobilisierungen für Griechenland – obgleich Millionen Menschen voller Sympathie den Kampf der griechischen Bevölkerung verfolgten. Umso wichtiger ist es in diesen Tagen voller Bitterkeit und Zorn, Solidarität zu zeigen und jede Chance zu nutzen, der Arroganz von Kapitalmacht und Kolonialherrschaft Widerstand entgegen zu setzen.

Staatsstreich

#Thisisacoup – der Hashtag, der am Sonntag, dem 12. Juli, zu einem der weltweit beliebtesten Twitter-Trends avancierte, sprach über Kontinente hinweg Millionen Menschen aus der Seele. Der Twitter-Trend zeigt, das sich die Gralshüter des Euro nicht mehr vor der Weltgemeinschaft verstecken können: Mitglied der Eurozone zu sein bedeutet, dass die Gläubiger die Wirtschaft von Ländern mit demokratisch gewählten Regierungen vernichten können, um diese politisch auf Linie zu kriegen. „Früher waren es Panzer // jetzt sind es Banken", so lautete eins der charakteristischen Twitter-Kommentare, die den Tenor der Diskussion bestimmten. Übrigens: Eine Erkenntnis im Zweiten Weltkrieg über den Zusammenhang von Raubkrieg & Bankenkrieg lautete: „Gleich hinterm ersten deutschen Tank // Kommt auch schon die Dresdner Bank". Unzählige Tweets argumentierten, dass die griechische Regierung durch die EZB und die Bankenschließung zum Kapitulieren gezwungen wird. Paul Krugmann twitterte seinen Blogeintrag „Killing the European Project" und reihte sich ein in die um sich greifende Europa-Desillusionierung der social-media Nutzer. Die Kritik wendete sich insbesondere gegen die Deutschen: „Was diese Bundesregierung anrichtet, ist einfach nur beschämend", so ein user. Der Ökonom Branko Milanovic twitterte „Wahnsinn! Um Tsipras zu bestrafen, möchte Schäuble 55 Jahre europäische Integration vernichten.

In Griechenland wurde in der Nacht zum Montag #Thisisacoup abgelöst: #TsiprasleaveEUsummit wurde der neue Trend, mit dem Tsipras dazu aufgefordert wurde abzulehnen. „Alexis, nimm den nächsten Flieger und kehre in Deine Heimat zurück! Wir vertrauen Dir!", bringt ein Nutzer die Stimmung auf den Punkt. Gegen Montag-Morgen, als klar wird, dass Tsipras eingelenkt hat, klangen die Tweets nur noch nach Wut und Enttäuschung. „Tsipras steig in das Flugzeug, aber komm nicht nach Griechenland zurück," spaßte jemand zynisch. „Vergiss das Elektrizitätswerk, die Wasserwerke, die Häfen und Flughäfen", trauert ein anderer.

Das, was der globale Social Media Schwarm „Staatsstreich" genannt hat, ist gelungen. Wenigstens sind damit die rhetorischen Masken der scheinbar „demokratischen und humanistischen Werte" der Europa-Politik für die Weltöffentlichkeit gefallen.

Margarita Tsomou, Athen

In eigener Sache

Diese 4. Ausgabe der im April gegründeten neuen Zeitschrift *FaktenCheck: HELLAS (FCH)* erscheint auch in griechischer, englischer, französischer, italienischer und spanischer Sprache. In Griechenland liegt sie der linken Tageszeitung EFSYN bei. Herausgebende und Unterstützende – siehe Seite 8. Wir bitten um Spenden und um ein massenhaftes Verbreiten (siehe S. 2). Ihre *FCH*-Redaktion

Stammtisch-Argumente und Antworten

Nach der Kapitulation von Alexis Tsipras in der Runde der Eurozonenländer fallen die Stammtisch-Parolen zu Griechenland auf besonders fruchtbaren Boden. *FaktenCheck:HELLAS* greift aus diesem faulig-welken Strauß ein gutes halbes Dutzend heraus und liefert die gewohnt sachlichen Antworten.

Stammtisch-Behauptung 1 Die griechische Regierung hat seit ihrer Wahl vom 25. Januar keine glaubwürdige Politik betrieben und niemals die geforderten „Reform-Listen" geliefert.

FCH-Antwort: Richtig ist, dass der griechischen Regierung nach ihrer Wahl von ihren „Partnerregierungen" in den anderen Eurozonen-Ländern auch nicht eine Woche Ruhe gelassen wurde, um eine echte Regierungstätigkeit zu entfalten. Es war von vornherein klar, dass in Berlin und Brüssel die Devise ausgegeben wurde: Tsipras muss weg; SYRIZA muss gespalten werden. Was die „Listen" betrifft, so trifft das Gegenteil zu: Die griechische Verhandlungsdelegation hat in Brüssel mehrmals genau durchgerechnete Listen mit Vorschlägen vorgelegt und diese auch veröffentlicht. Ihr grundlegender Ansatz war dabei allerdings ein diametral anderer als derjenige, den die Gläubiger hatten. Und dies in drei Punkten: Erstens sollte anstatt primär zu sparen ein wirtschaftliches Wachstum erreicht werden; *dadurch* sollten die öffentlichen Einnahmen gestärkt werden. Zweitens sollten durch höhere Steuern bei den Reichen und mittels Bekämpfung der Steuerflucht die Steuereinkommen erhöht werden. Drittens sollte das getan werden, was nach Adam Riese getan werden muss: Mit einem deutlichen Schuldenschnitt sollte erreicht werden, dass Land und Bevölkerung Atem holen können. Schließlich sollte dann die akzeptierte Restschuld bezahlt werden. Die Gläubiger jedoch wollen Austerität – die massive und fortgesetzte Kürzung öffentlicher Ausgaben und der Masseneinkommen. Dies trug wesentlich zur tiefen Krise bei, in der sich das Land seit 2011 befindet.

Übrigens: Während alle auf die Verhandlungen in Brüssel starrten, waren das Parlament und die griechische Regierung in Athen durchaus aktiv. Es gab mehrere Dutzend sinnvolle Maßnahmen im sozialen Bereich, im Gesundheitssektor, im Ausbildungs- und Erziehungssektor. Wir dokumentierten solche in FCH01 (S.3). Siehe auch die aktuellen Entscheidungen hinsichtlich der Lage der Flüchtlinge (in dieser FCH, Seiten 6/7).

Stammtisch-Behauptung 2 Griechenland ist ein heruntergewirtschaftetes Land.

FCH-Antwort So ist es. Dies sagte SYRIZA vor der Wahl und dies sagt die griechische Regierung seit Ende Januar. Und es ist die kapitalistische *Börsenzeitung* vom 2. Juli, die deutlich machte, wer für diesen Zustand verantwortlich ist: „Die *Vorgängerregierungen* in Athen haben das Land zu Schanden geritten". Diese Regierungen *vor* der von SYRIZA geführten Regierung wurden jahrzehntelang von den Schwesterparteien der CDU/CSU (Nea Demokratia) und der SPD (PASOK) gestellt.

Stammtisch-Behauptung 3 Griechenland und die Gläubiger hatten sich bis Ende Juni in den Verhandlungen sehr weit aneinander angenähert. Es war falsch und absurd, dass Tsipras und Varoufakis dann plötzlich den Verhandlungstisch verließen und das Referendum ansetzten.

FCH-Antwort Das ist zu einem großen Teil richtig. Das heißt aber im Klartext: In diesen Verhandlungen, die mehr den Charakter von monatelanger Erpressung hatten, gab SYRIZA in vielen Punkten die eigenen Positionen, für die sie gewählt worden war, auf. Die griechischen Verhandler mit Yanis Varoufakis an der Spitze knickten hier auch deshalb ein, weil sie weder bei anderen Eurozonen-Ländern eine Unterstützung fanden, noch hatte sich in Europa eine breite Solidaritätsbewegung zu ihrer Unterstützung entwickelt. Griechenland war isoliert und ist weitgehend isoliert. Das hat nichts damit zu tun, dass die SYRIZA-Politik falsch wäre. Die Regierungschefs in Madrid, Rom, Lissabon und Dublin fürchteten im Gegenteil, dass ein Erfolg von SYRIZA dazu führen würde, dass im eigenen Land die Kräfte, die ein Ende der Austerität fordern, gestärkt – und sie aus ihren Regierungssitzen hinweggefegt – würden.

Stammtisch-Behauptung 4 Ein Referendum anzusetzen war falsch. Erstens wegen besagter Annäherung. Und zweitens, weil eine derart komplexe Thematik wie die, um die es bei den Verhandlungen zwischen den Gläubigern und Griechenland ging, die einfache Bevölkerung nicht versteht.

FCH-Antwort Das ist zweifach falsch. Zunächst kehrten Tsipras und die griechische Regierung mit ihrer Entscheidung für ein Referendum „nur" zurück zu ihren ursprünglichen Positionen – zu dem Programm, für das die Menschen sie gewählt hatten. Sodann war das „Reformprogramm", das die Gläubiger bis Ende Juni vorgelegt hatte, ziemlich klar und verständlich: Steuern rauf, Renten runter, Staatseigentum zum Spottpreis verkaufen. Wobei letzteres heißt: Bald ist noch mehr Geld für Strom, Wasser, Transport und Gesundheit zu bezahlen. Das kapierte jeder im Land. Es war im Übrigen Wolfgang Schäuble, der im Mai erklärt hatte, er halte ein Referendum für „eine sinnvolle Idee". Allerdings dachten er und die Herren in der EU-Zentrale dabei an ein Referendum, das den Ausverkauf des Landes absegnen sollte – mit Zustimmung von Tsipras. Eine echte demokratische Entscheidung wollte man nie.

Stammtisch-Behauptung 5 Mit dem Referendum wurde die Bevölkerung in Griechenland gespalten.

FCH-Antwort Das Gegenteil trifft zu. Das Referendum einte Land und Bevölkerung wie noch nie seit dem Sturz der Militärdiktatur 1974. 61,3 Prozent stimmten für „Nein". Es gab keinen Wahlbezirk, in dem es kein „OCHI" gegeben hätte – selbst in eher rechts oder konservativ geprägten Regionen wie auf dem Peloponnes oder in Nordgriechenland gab es – gelegentlich knappe – Mehrheiten für ein „Nein". Und oft gab es 70-Prozent Nein-Stimmen, z.B. auf Kreta. Bedenkt man, dass die Kommunistische Partei (KKE) aufrief, spezielle eigene KKE-Nein-Wahlzettel in die Urnen zu werfen, die jedoch als „ungültig" gezählt werden mussten, dann gab es sogar eine Zweidrittel Mehrheit mit „Nein". Eine solche breite Basis bei einer für Land und Leute entscheidenden Frage ist ziemlich einmalig für eine moderne Zivilgesellschaft. Dem entsprechen auch die repräsentativen Umfragen zur Parteienpräferenz: Nach dem Referendum lag die Zustimmung zu SYRIZA bei 45, teilweise bei 50 und mehr Prozent. Das waren gut 10 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl Ende Januar.

Stammtisch-Behauptung 6 Die Sparprogramme, die die Gläubiger von Griechenland verlangen, sind sinnvoll und akzeptabel. Sie entsprechen den Standards in anderen Ländern der Eurozone.

FCH-Antwort Die Unsinnigkeit dieser Programme wird mit dem Absturz der griechischen Ökonomie seit 2010 dokumentiert, als just solche Programme umgesetzt wurden. Richtig ist, dass die neoliberale Medizin in vielen Ländern verabreicht wird und dass Austerität als heilige Kuh gilt. Das heißt aber nicht, dass das gut so ist. Schließlich stieg in der Eurozone trotz und vor allem wegen der Austeritätspolitik seit 2010 die Schuldenquote, es erhöhte sich die allgemeine Erwerbslosenquote. Es explodierte fast überall die Jugendarbeitslosigkeit. Gleichzeitig sanken die Masseneinkommen. Im Übrigen wird Griechenland mit dem neuen „Memorandum" bei der Mehrwertsteuer Rekordniveau haben. Und die Renten, die seit 2010 bereits um bis zu 40 Prozent gekürzt wurden, werden nun weiter sinken. Die Krise wird sich vertiefen. Was die Selbstmorde weiter ansteigen lassen und die Auswanderung beflügeln wird. Gut so? Nein: Das ist schlecht für Land, Leute und Demokratie.

Stammtisch-Behauptung 7 Es ist absurd, dass Tsipras und eine Mehrheit von SYRIZA jetzt Ja sagen zu einem Reformprogramm, das sie im Referendum abgelehnt haben.

FCH-Antwort Wir würden das nicht als „absurd" bezeichnen. Doch der Widerspruch ist real und nicht zu übersehen. Er kann nur mit dem auf Seite 1 beschriebenen Vorgang erklärt werden: Dieser Widerspruch ist Ergebnis von Erpressung. Die Vertragsunterzeichnung in Brüssel und das, was von dem Parlament in Athen nun per Diktat aus Brüssel und Berlin verlangt wird, ist nach bürgerlichem Recht schlicht sittenwidrig. Oder auch: kriminell.

Alexis Tsipras, Rede vor Europäischem Parlament vom 8. Juli:
„Fünf Monate lang wurde die Verhandlung in Sälen mit geschlossenen Türen durchgeführt. […]Ich frage mich, wie es möglich ist, dass wir drei Institutionen ermächtigt haben, […] dass wir innerhalb der Troika den IWF und nicht die par excellence europäische Institution der Demokratie, sprich das Europäische Parlament ermächtigt haben, Entscheidungen zu treffen."

Anonym, aus dem Inneren der Gang:
„In diesen Diskussionen hat die Regierung nachgegeben, wieder nachgegeben – immer auf die Troika zu, die sich nicht bewegte. Und nie eine Diskussion über die Schulden: die Restrukturierung der Schulden, die Nachhaltigkeit, die Finanzierung der Schulden. Seit März/April haben wir alles Geld zusammengeholt, aus allen Bereichen, Einrichtungen, Kommunalbehörden usw., nur um den IWF zu bezahlen. Wir haben einmal, zweimal gezahlt – und mussten ja auch die Löhne zahlen. Wir zahlten die Löhne aus den Einnahmen. Aber es war nicht genug für den IWF."

Im Portal mediapart.fr erschien am 8. Juli ein Interview mit einem ungenannten Teilnehmer der griechischen Verhandlungsdelegation. Daraus entnahmen wir Kommentare wie den obigen und die auf den Seiten 4 und 5 folgenden. http://www.analyzegreece.gr/interviews/item/279-a-member-of-greece-s-negotiating-team-we-underestimated-the-power-of-the-creditors

FaktenCheck:HELLAS Impressum — BESTELLEN!

FaktenCheck:Hellas hat acht Seiten. Aufgrund der niedrigen Abnahmepreise eignet sich FaktenCheck:Hellas ideal für ein Verteilen auf Veranstaltungen, für ein Auslegen in Kulturzentren, Bürger- und Gemeindehäusern, in Reisebüros oder auch in Kneipen, z.B. „beim Griechen"

Bezugspreise wie folgt:
– bei Bestellungen zwischen 1 – 99 Ex.: 25 Cent je Ex. · bei Bestellungen ab 100 Ex: 15 Cent je Ex. · Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. **Bitte nicht Vorkasse** – nur nach Erhalt der Rechnung und mit Rechnungs-Nr.-Angabe bezahlen!

Redaktion Sebastian Gerhardt · Werner Rügemer · Mag Wompel · Winfried Wolf (V.i.S.d.P.)
Träger BFS – Büro für Frieden & Soziales e.V.
Konto (für Spenden, nicht Vorkasse) BFS e.V. MBS – Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 SWIFT-BIC: WELADED1PMB
FaktenCheckHellas finanziert sich ausschließlich durch die oben aufgeführten Unkostenbeiträge für Zeitungen und durch Spenden.
E-Mail-Adresse für Bestellungen: bestellen@faktencheckhellas.org
Website: www.faktencheckhellas.org

Im Haifischbecken

Der widersprüchliche Überlebenskampf von Alexis Tsipras

Nikos Chilas

Nun ist sie auch offiziell vollzogen, die Kapitulation Athens. Montagfrüh, am 13. Juni hat Alexis Tsipras in Brüssel seine Selbstaufgabe unterzeichnet. Eine andere Wahl glaubte er nicht zu haben. Seine Unterschrift steht auch unter einer schier unendlichen Liste von sozialen Grausamkeiten, die auch den Weg zu einer nie enden wollenden Rezession ebnen.

Wandbild am Bauzaun des im Bau befindlichen Gebäudes der EZB am 6. Juni 2013

Paradoxerweise gibt es erstaunlich wenige Stimmen in Griechenland, die die Kapitulation zum Verrat erheben. Sie kommen vor allem aus dem linksradikalen Lager, zu dem auch die trotzkistisch angehauchte Antarsya gehört. Die linke Opposition in der mitregierenden Partei SYRIZA bezeichnet zwar in ihrem Organ *Iskra* die Einigung von Brüssel als das, was sie wirklich ist: eine *Katastrophe*. Sie hält sich aber mit ehrenabschneidenden Verbalinjurien zurück.

Und dies aus guten Gründen. *Erstens*, weil sie nicht übersieht, dass das Nachgeben nicht bedingungslos ist – Tsipras konnte aus den Verhandlungen einige wichtige Zugeständnisse, wie ein Investitionspaket von 12 Milliarden Euro, oder die (zugegebermaßen vage) Zusage zur Umstrukturierung der griechischen Schulden, herausschlagen. *Zweitens*, weil sie nicht deswegen den Bruch mit dem „pragmatischen" Kern der Parteiführung um Tsipras herbeiführen möchte – der Bruch steht zwar bevor, aber er wird die Einigung mit den Geldgebern zur Ursache haben. Und *drittens*, weil sie zwischen Kapitulation und Verrat wohl zu unterscheiden weiß: Letzterer ist dann vorhanden, wenn der „Verräter" mit Arglist vorgeht und schließlich in das Lager des Feindes überwechselt.

Wie auch immer: Der Führer der griechischen Linken hat bisher keinen point of no return überschritten. Er bleibt, wo er immer gewesen war: im linken Lager. Möglich also, dass er zu einem für Athen günstigeren Zeitpunkt, die Gelegenheit ergreifen wird, um verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Alles weist allerdings darauf hin, dass diese Gelegenheit nicht sehr bald eintreten wird. Tsipras bleibt auf weiter Flur allein. Die konservativen Regierungen in den sogenannten Programmländern (Spanien, Portugal, etc.), die wegen ihrer ähnlichen Notlage seine potenziellen Bündnispartner sind, zeigen ihm nach wie vor die kalte Schulter. Die sozialistischen und sozialdemokratischen Regierungschefs, allen voran Francois Hollande in Frankreich und Matteo Renzi in Italien, kuschen buchstäblich vor der deutschen Bundeskanzlerin – ihr Aufbäumen der letzten Tage war jedenfalls nicht stark genug, um die Demütigung Athens durch die Berliner Regierung zu verhindern. Und die noch „zarten" Solidaritätsbewegungen für Griechenland in den europäischen Ländern sind weit davon entfernt, ein politisch wirksamer Faktor zu werden.

Die ursprüngliche Annahme Tsipras also, dass seine Wahl und das Referendum vom 5. Juli eine Dynamik der Veränderung in Teilen von Europa auslösen würden, die ihm auch zugute käme, hat sich bisher weitgehend nicht bestätigt. Das heißt nicht, dass sie ganz ohne Wirkung blieben. Schon die bloße Existenz einer linken Regierung in einem Staat der Europäischen Union trägt langfristig zur Veränderung der gesamten europäischen politischen Szene bei. Zum Teil gibt es sogar kurzfristige Wirkungen, wie die Konflikte der letzen Tage innerhalb der Eurozone (Frankreich versus Deutschland) und mitten in Deutschland (Sozialdemokraten gegen Christdemokraten in der Regierungskoalition sowie der Aufstand gegen Sigmar Gabriel in der SPD) zeigen.

Tsipras hat allerdings zurzeit andere Sorgen. Ihn beschäftigt, wie er die Einigung mit den Gläubigern im griechischen Parlament und in seiner Partei sofort und ohne größere Schwierigkeiten durchbringen kann. Dabei wittert er Gefahr, dass ein Teil der Syriza-Abgeordneten die Gefolgschaft verweigern und dass die Parteilinke gegen seine Politik in der Bevölkerung agitieren könnte.

In der Vergangenheit konnte Tsipras stolz mitteilen, dass sich die linke Opposition absolut loyal zu ihm verhielte. Das könnte bald ganz anders werden. Die Situation in Griechenland hat sich seit Montag grundlegend verändert. Ein Land, das dabei war, sich vom Joch des Memorandums of Understanding zu befreien – also von jenen Gesetzen, die dem Land als Bedingung für die Gewährung von Anleihen aufgezwungen wurden – wird nun einer noch drakonischeren Sparpolitik unterworfen. Somit stellt sich die Notwendigkeit, eine neue Ära einzuläuten – mit neuem Regierungspersonal, neuer politischer Ausrichtung sowie einer diese Politik unterstützenden Partei. Der Teil der linken Opposition also, der sich diesen unangenehmen Neuerungen widersetzt, wird naturgemäß künftig keinen Platz in seiner Regierung und in der Parlamentsfraktion beanspruchen. Tsipras will offenbar seinen Widersachern zuvor kommen und schnell reinen Tisch machen. Sein Ziel ist nun, die zwei Minister, die sich gegen sein Vorhaben gestellt hatten, sich mit den Geldgebern auf ein neues Memorandum zu verständigen, aus der Regierung zu entfernen. Vergleichbares beabsichtigt er auch mit den 15 Abgeordneten, die zwar „Ja" zur Verständigung sagten, sich vom Memorandum aber distanziert hatten. Dazu kommen noch 13 Abgeordnete, die als unzuverlässig gelten. Im Hauptartikel der Parteizeitung *Avgi* am Sonntag, den 12. Juli 2015, hieß es dann dementsprechend: „Es stellt sich klar die Frage der Regierungsumbildung sowie der Mehrheit der Regierungsfraktion, was zu Neuwahlen in der nächsten Zeit führt".

Der gravierende Kurswechsel wird also seine Opfer verlangen. Ob die Opfergaben aber auch zu einer Mutation der Regierung und der Partei SYRIZA führen, bleibt offen. Tsipras scheint jedenfalls zu glauben, dass er diese Prüfung ohne substanzielle Verluste bestehen kann. Er baut darauf, dass er durch das Vermeiden des Grexits Zeit für die Reorganisierung seiner Truppen gewinnt, und der neuen Verelendung und Rezession, die mit dem neuen Memorandum produziert werden, mit den neu gebilligten Investitionsgeldern und dem unerbittlichen Kampf gegen die Oligarchen entgegentreten kann.

Gleichzeitig setzt er auf die neu gewonnene Einsicht, dass man sich im Haifischbecken der Gläubiger nicht wie ein Goldfisch bewegen kann. Er muss sich offenbar auch zu einem Hai verwandeln. Die Politik ist eine zu ernste Angelegenheit, um sie den politischen Haien zu überlassen. Vor allem, wenn es ums Ganze geht: wie man ihren Zähnen entkommen kann.

Wiedergeburt der Demokratie – mit dem griechischen Referendum

Antje Vollmer

In diesem hitzigen Sommer wurde zum zweiten Mal die Demokratie in Athen geboren. Der Rest von Europa hat es nur noch nicht gemerkt, dass das Referendum in Griechenland auch ein Votum für die Rückeroberung demokratischer Entscheidungen über die Grundausrichtung europäischer Politik auch und gerade in Krisenzeiten war. Als reines Finanz- und Machtprojekt in der Hand von meist nicht einmal demokratisch legitimierten Experten hat Europa keine Zukunft. Das war das zukunftsweisende Element in der Aussage der griechischen Regierung, die Politik nicht länger den Voten einer Troika und abgehobenen Eliten zu unterstellen.

Insbesondere Wolfgang Schäuble und Angela Merkel scheinen nicht zu begreifen, wie sehr sie mit ihrem paternalistischen Zuchtmeister-Gehabe die Völker Europas spalten – in Nord und Süd, aber auch in Gewinner und Verlierer. Manchmal fühle ich mich bei dieser Methode an die Zeiten des Prager Frühlings 1968 erinnert. Ein Europa der schwarzen Pädagogik, der Erpressung und der Selbstgerechtigkeit braucht niemand. Gerade auf dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist eine solche Haltung unerträglich. Die jungen Generationen in Europa werden ein anderes Europa aufbauen, das an den Zielen von innerem und äußerem Frieden und sozialer Gerechtigkeit orientiert ist. Wenn das nicht gelingt, wird Europa zerfallen. Ich setze aber darauf, dass es nach den vielen Einseitigkeiten der letzten 25 Jahre unter neoliberaler Ägide in vielen Ländern zu einer grundlegenden Änderung der politischen Konzepte kommen wird. Gerade in dieser Zeit war es für Deutschland ein Unglück, dass es nur eine große Koalition gab und die SPD unfähig war, eine starke Opposition gegen diesen Kurs anzuführen. Ich weiß aber, dass es auch in Deutschland an der Basis eine große Solidarität mit den Griechinnen und Griechen gibt, die in solchen harten Zeiten so viel Mut beweisen..

Antje Vollmer, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D.

Foto: Iakovos Hatzistavrou

In Athen wurde ein neues Kapitel für Europa aufgeschlagen

Mohssen Massarrat

Der harte neoliberale Kern der Eurofinanzminister um Wolfgang Schäuble will bei dem ideologisch fixierten Kurs bleiben und wie bisher versuchen, die linke Regierung in Griechenland zum Scheitern zu bringen. Man ist dabei, einen regelrechten finanzpolitischen Putsch gegen die Regierung zu organisieren, der durchaus vergleichbar ist mit dem CIA-Putsch 1953 gegen die Regierung Mossadegh im Iran, nachdem alle anderen Mittel, diese demokratisch gewählte Regierung zum Scheitern zu bringen, nicht gefruchtet hatten.

Was ist jetzt zu tun?

Der griechischen Regierung gilt noch stärker als bisher unsere volle Solidarität mit allen erdenkbaren Möglichkeiten.

Die griechische Regierung bringt umgehend und europaweit eine zinslose griechische Solidaritätsanleihe in Umlauf, um aktuell einen Liquditätskollaps zu verhindern und interne Tauschgeschäfte zu sichern. Die Regierung Mossadegh hatte immerhin nahezu ein Jahr lang die Haushaltsdefizite mit einer Volksaktie finanziert, nachdem die USA und Großbritannien den iranischen Ölexport total boykottiert hatten.

Im Bewusstsein, dass Brüssel es darauf anlegt, die griechische Regierung weiterhin gegen die Wand zu fahren, sollte sie umgehend die Alternative für einen Ausstieg aus dem Euro und einer innerhalb eines Korridors schwankenden Parallelwährung, die an den Euro gekoppelt ist, vorbereiten. So könnte die Rückkehrperspektive zum Euro verankert werden. In diesem Falle wird dann die Rückzahlung aller Schulden bis auf weiteres eingestellt.

Mit der neuen und umfassenden Legitimation durch das Volk werden die Reichen, einschließlich der griechischen Kirche, mit kreativen Mitteln zur Rückzahlung ihrer Steuerschulden gezwungen, um damit ein eigenes Investitionsprogramm, das Beschäftigung, Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit verspricht, zu finanzieren.

Zum ersten Mal hat sich der europäische Neoliberalismus selbst in eine Sackgasse hinein manövriert. Jetzt kommt es darauf an, dass die sozial Benachteiligten in Europa gemeinsam handeln und das Europa der Geldgierigen in ein soziales Europa verwandeln. Es geht nicht um Griechenland allein, sondern um ein besseres Europa als Ganzes.

Der Autor ist emeritierter Professor für Politik und Wirtschaft. Der Kommentar wurde am 7. Juli verfasst, vor Verabschiedung des neuen Memorandums. Langfassung des Kommentars siehe u.a. www.faktencheckhellas.org

Wie beide Seiten dem Vergessen dienten

Das Beispiel des 1. Kommandanten der „Festung Kreta“ , General Alexander Andrae

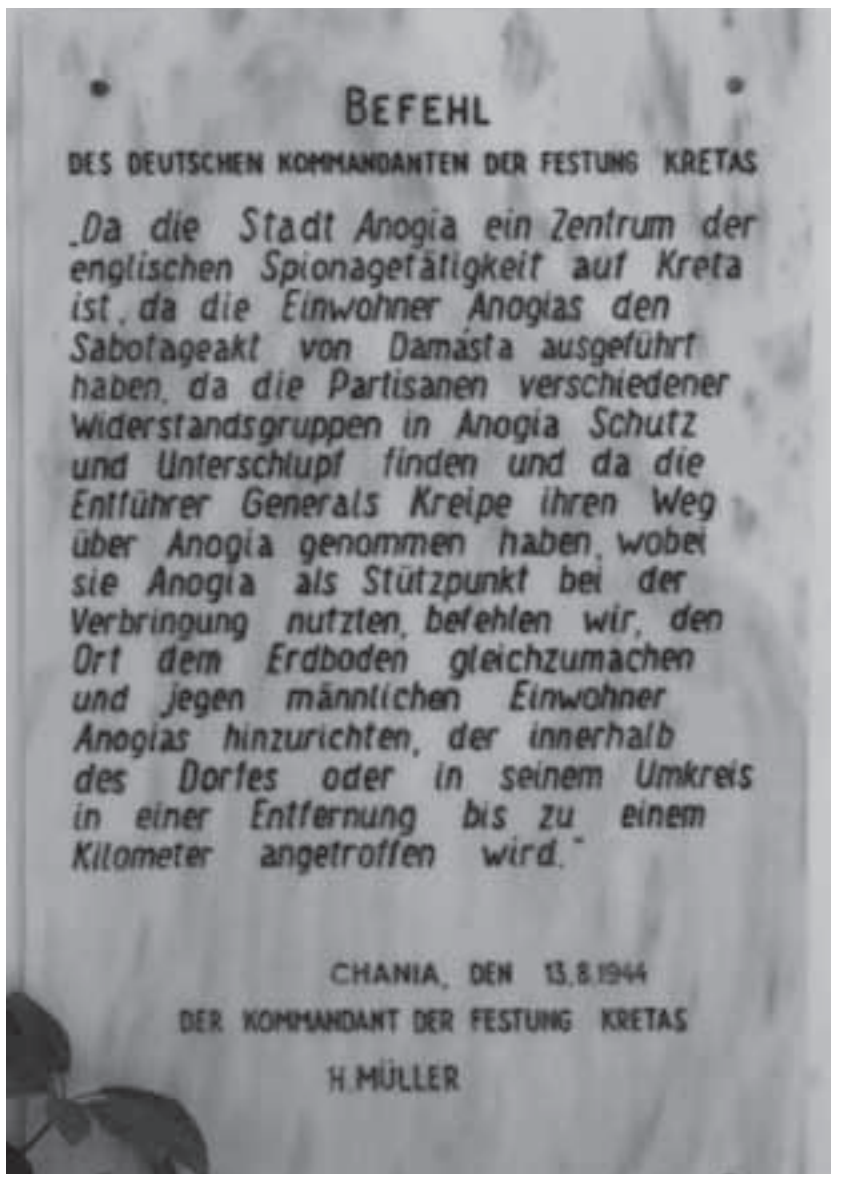
Dorothee Vakalis

Erneut sind die Themen „NS-Verbrechen in Griechenland“, „Reparationen“ und „Entschädigungszahlungen für die Opfer von NS-Verbrechen“ aus den Medien verschwunden. Die griechische Regierung scheint sie ausgerechnet seit einem Zeitpunkt nicht mehr aufzugreifen, wo deutsche Medien sie sehr wohl aufgriffen. Gab es hier interne Absprachen? FaktenCheck:HELLAS veröffentlichte in der ersten Ausgabe (April 2015) in Ergänzung zu einem Beitrag von Karl Heinz Roth u.a. interne Dokumente des deutschen Auswärtigen Amtes, die belegen, wie deutsche Bundesregierungen jahrzehntelang systematisch tricksten, um das Thema „Reparationen“ auf Sankt Nimmerlein zu verschieben. In der dritten Ausgabe veröffentlichten wir eine Karte, die alle Orte dokumentiert, die von dem NS-Besatzungsregime in Griechenland zerstört wurden, und auf der die Orte mit den größten Massakern markiert sind. In dieser Ausgabe 4 berichtet Dorothee Vakalis auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Arbeit von Stratos Dordanas darüber, wie sich westdeutsche Kreise Anfang der 1950er ins Zeug legten, um einen deutschen Nazi-General, der in Griechenland wegen massenhaftem Mord verurteilt worden war, wieder frei zu bekommen – auf dass er als Neonazi in der Bundesrepublik agieren konnte. *FCH-Redaktion*

Der Umgang der griechischen Regierungen und Gerichte mit deutschen Kriegsverbrechern wurde im Laufe der Zeit dem Interesse einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland ebenso wie der antikommunistischen Blockbildung in Zeiten des kalten Krieges untergeordnet. Nicht mehr die Fragen von Gerechtigkeit und Recht beherrschten dieses Feld, sondern vor allem diplomatische, politische und wirtschaftliche Interessen der Regierenden beider Länder. Die Opfer dieser Verbrechen gerieten dabei immer mehr aus dem Blick. Mehr noch: Die Täter wurden in Deutschland zu Opfern der griechischen Justiz stilisiert und lebten weiter als unbescholtene Bürger.

FaktenCheck:HELLAS dokumentierte einen solchen Vorgang am Beispiel von Max Merten dem Chef der deutschen Wehrmachtsverwaltung in Thessaloniki, zugleich einer der Organisatoren der Deportation von 48.000 Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager von Auschwitz und Treblinka. Merten war in Griechenland verhaftet worden; er wurde von der Bonner Regierung faktisch freigepresst (*FCH01*, S. 4).

Der Fall des 1. Kommandanten der „Festung Kreta“ General Alexander Andrae ist ein Beispiel. Andrae war Befehlshaber des Luftwaffenstabes bei der „Luftlandeschlacht um Kreta“. Nach der Besetzung der Insel wurde Andrae am 9. Juni 1941 zum Kommandanten der Festung Kreta ernannt. Unter seinem Kommando kam es im Zuge von Sühneaktionen gegen die Zivilbevölkerung von Kreta zu Massenexekutionen unter der dortigen Zivilbevölkerung. Er wurde im August 1942 abgelöst. Am Ende des Krieges wurde er in Deutschland von den Briten gefangen genommen und bald darauf in England angeklagt wegen Verbrechen begangenen an britischen Kriegsgefangenen. Die britische Regierung zog es jedoch vor, ihn nach Griechenland auszuliefern. Dort lagen gegen ihn vier Anklageschriften vor – u.a. wegen Hinrichtungen von 2000 Zivilisten als Strafmaßnahmen nach der Einnahme der Insel. Andrae wurde Anfang 1947 nach Griechenland ausgeliefert. Am 3. Dezember 1947 wurde er zu lebenslänglicher Haft verurteilt.



BEFEHL

DES DEUTSCHEN KOMMANDANTEN DER FESTUNG KRETAS

„Da die Stadt Anogia ein Zentrum der englischen Spionagetätigkeit auf Kreta ist, da die Einwohner Anogias den Sabotageakt von Damásta ausgeführt haben, da die Partisanen verschiedener Widerstandsgruppen in Anogia Schutz und Unterschlupf finden und da die Entführer Generals Kreipe ihren Weg über Anogia genommen haben, wobei sie Anogia als Stützpunkt bei der Verbringung nutzten, befehlen wir, den Ort dem Erdboden gleichzumachen und jegen männlichen Einwohner Anogias hinzurichten, der innerhalb des Dorfes oder in seinem Umkreis in einer Entfernung bis zu einem Kilometer angetroffen wird.“

CHANIA, DEN 13.8.1944

DER KOMMANDANT DER FESTUNG KRETAS

H.MÜLLER

In Deutschlang gab es erheblichen Widerstand gegen die Verurteilung des Ex-Generals. Der *Spiegel* vermittelte den Eindruck, dass Andrae zu Unrecht im Gefängnisse sitze. In Ausgabe 9 des Jahres 1951 wird Mitleid schürend bedauert, dass keiner Geld gebe, den Widerspruch von Andrae mit 6000 Dollar zu finanzieren; im übrigen zweifle Andrae die Rechtsgültigkeit der Notstandgesetzte und des Sondergerichtes an. Ein zwei Jahre nach der Verurteilung eingereichtes Gnadengesuch Andraes wurde vom deutschen Kanzleramt unterstützt. Starke deutsche kirchliche Kreise unterstützten das Gnadengesuch in einem Brief König Paul, datiert auf den 8. März 1950. Auch die deutsche Botschaft in Athen hatte Druck ausgeübt, wie Hagen Fleischer erforschte. Schließlich wandte sich am 15. Dezember 1951 das griechische Außenministerium an das griechische Justizministerium mit der Bitte, man möge das Verfahren beschleunigen und dabei „die großen ökonomischen Interessen unseres Landes sowie die Ausrichtung unserer Außenpolitik“ berücksichtigen. König Paul unterzeichnete Andraes Gnadengesuch. Am 17.1.1952 verließ Andrae nach 5 Jahren Gefängnis Griechenland.

Damit wurde von der griechischen Seite eine Zäsur im Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern vollzogen. Die Nachfolger Andraes als Kreta-Kommandanten, die Generäle Müller und Bräuer, waren noch zum Tode verurteilt und 1947 in Athen hingerichtet worden.

Die Rückkehr Andraes nach Westdeutschland wurde in den deutschen Medien breit kommentiert. Ehemalige Militärkollegen bereiteten Andrae einen herzlichen Empfang. Eine Zeitung meldete, Andrae sei „von einem griechischen Sondergericht wegen angeblicher Kriegsverbrechen (…) verurteilt worden“.

Andrae selbst kritisierte in einem ausführlichen Interview mit dem *Weserkurier* die griechische Justiz und hob dabei die „Verdienste“ seiner Nachfolger in Kreta Müller und Bräuner hervor. Er selbst stilisierte sich, unterstützt von maßgeblichen Medien, als Opfer. Wikipedia: „Er schlug nun eine politische Karriere ein und gehörte bald zu den profiliertesten Rechtsradikalen der jungen Bundesrepublik. Er engagierte sich zunächst im Deutschen Block und war 1953 Mitbegründer des Reichsblocks. Zwischen 1953 und 1955 war er als Angehöriger des Parteidirektoriums einer der drei Vorsitzenden der „Deutschen Reichspartei“.

Sein Bemühen bestand vor allem darin, das Bild Griechenlands in der deutschen Öffentlichkeit zu beschmutzen.

Dorothee Vakalis mit Informationen aus dem Buch: „Kreta im aufgewühlten Jahrzehnt 1940-50“, Chania 2012 (in griechischer Sprache, bisher nicht ins Deutsche übersetzt), dort: Stratos Dordanas, Kriegsverbrechen – Die Verfahren gegen die Kommandanten der „Festung Kreta“. Seite 83-110.

Alexis Tsipras, Rede vor Europäischem Parlament vom 8. Juli:
„Wenn es nicht das Recht einer souveränen Regierung ist, zu wählen, auf welche Weise sie äquivalente Maßnahmen findet um die geforderten Ziele zu decken, dann haben wir eine extreme und antidemokratische Auffassung zu adoptieren, dass in den Ländern, die sich in Programmen befinden, keine Wahlen stattzufinden haben, Regierungen zu ernennen sind und Technokraten einzusetzen sind und diese die Verantwortung für die Entscheidungen übernehmen.“

Anonym, aus dem Inneren der Gang:
„Die Institutionen haben ohne Prüfung alle Reformen einfach abgelehnt. Schäuble und Berlin sind clever, sie erzwingen Krisen während der Verhandlungen und sagen dann: ´Oh, die Griechen kooperieren nicht, sie verstehen nicht, was sie anrichten, sie rücken keine Zahlen heraus.´ Und statt zu fallen steigt der Euro. Genauso die Börsen.“

Interview vom 8. Juli mit einem ungenannten Teilnehmer der griechischen Verhandlungsdelegation. Quelle siehe Kasten S. 2

Anzeige

zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie
lunapark21

Lunapark21 *Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie* erscheint im achten Jahr vier Mal im Jahr mit jeweils 72 Seiten. **Lunapark21** analysiert seit Jahren in Dutzenden Beiträgen die Euro-Krise und die griechische Krise – und wirbt für Beispiele der solidarischen Gegenwehr. **Im aktuellen Heft finden sich Beiträge zu den folgenden Griechenland-Themen** Referendum & Troika-Erpressung // *Quartalslüge* „griechische Mehrwertsteuer-Vereinfachung“. Oder: Wie die von der Troika geforderte Mehrwertsteuererhöhung den Binnenmarkt abwürgen muss // Reportagen aus Athen im Juni & Juli 2015 // Wie die griechische Renten-„Reform“ neue Armut produziert // Der *Handelsblatt*-Korrespondent in Athen schreibt in der „Griechenland-Zeitung“ die Wahrheit, das *Handelsblatt* betreibt die bekannte Desinformation // Debatte in Syriza pro & contra Euro **Andere Beiträge zu** Baltimore (USA) – Reportage // Freihandel & Krieg // Aufstand der Landarbeiter in Baja California, Mexiko // Zerschlagung des Alstom-Konzerns // Debatte zur Einheitsgewerkschaft // Mörderisches Shoppen & Bangladesch // Frauen & der Wiederaufbau nach WK II // Neue Religionskriege // Kriegstreiber Energiekonzerne // Ausstellung Joachim Römer „Flaschenpost“ // Die City of London // Regionalwahlen in Spanien **Autorinnen & Autoren** Gisela Burkhardt, Berlin // Georg Fülberth, Marburg/L. // Thomas Fruth, Berlin // Sebastian Gerhardt, Berlin // Hannes Hofbauer, Wien // Andrea Komlosy, Wien // Thomas Kuczynski, Berlin // Gerd Michalek, Köln // Heinrich Neuhaus, Frankfurt/M. // Gisela Notz, Berlin // Henrik Paulitz, Heidelberg // Werner Rügemer, Köln // Gerold Schmidt, Mexico D.F. // Therese Wüthrich, Bern // Winfried Wolf, Michendorf.

Einzelheft 5,90 Euro **Probeheft** gratis **Jahresabo** „normal“ (4 Hefte BRD & Österreich) 24 Euro **AboPLUS** (4 Hefte plus 2 Schwerpunkthefte, also 6 Hefte gesamt BRD & Österreich) 32 Euro **Sozialabo** 16 Euro **SozialAboPLUS** 22 Euro. **Infos und Bestellformular** www.lunapark21.net **Formlos bestellen** abo@lunapark21.net

Geschäft und Verbrechen

Die Schuldigen für NS-Verbrechen in Griechenland mussten – abgesehen von wenigen Fällen – für ihre Taten nicht büßen. Nach dem Besuch des damaligen griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis in der Bundesrepublik im Jahre 1958 und der Gewährung einer Staatsanleihe in Höhe von 200 Millionen DM beschloss die griechische Regierung, auf jegliche Strafverfolgung von vorausgegangenen Kriegsverbrechern endgültig zu verzichten. Athen übertrug diese Kompetenz auf die bundesdeutschen Behörden. Die deutschen Behörden wiederum zeigten keinerlei Willen, die Kriegsverbrecher ernsthaft zu verfolgen. (Siehe dazu den Kommentar von Norman Paech in *FCH01*, S. 3). Anfang 1959, zwei Monate nach den deutsch-griechischen Wirtschaftsverhandlungen, drückte Karamanlis im griechischen Parlament ein Gesetz durch, in dem auf die Verfolgung von Kriegsverbrechern verzichtet wurde.

Nach Angaben des „Nationalen Griechischen Büros für Kriegsverbrechen“ gab es mehr als 2.500 Kriegsverbrechen auf griechischem Boden. Es ging dabei u.a. um Mord, willkürliche Hinrichtungen von Kriegsgefangenen, Brandstiftung von Dörfern, Zerstörung von fremdem Eigentum, Verordnung von Zwangsarbeit...

Zitat nach einem Interview, das FCH mit Dr. Dimitrios K. Apostolopoulos, führte. Apostopoulos ist Historiker, Politikwissenschaftler, Forschungsmitarbeiter des Zentrums für Neugriechische Geschichte der Akademie Athen und Lehrbeauftragter der griechischen Open University. Seine Dissertation *Die griechisch-deutschen Nachkriegsbeziehungen. Historische Hypothek und moralischer ´Kredit`* erschien 2004 in deutscher Sprache im Peter Lang Verlag 2004.

Blühende Landschaften?

Die Aussichten der griechischen Wirtschaft im Euroraum

Sebastian Gerhardt

Nach Abschluss der Verhandlungen des Eurogipfels am Morgen des 12. Juli erklärte der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras, nun könnte Griechenland „wieder auf eigenen Füßen stehen". Trotz der negativen Wirkungen der Einigung mit den Gläubigern werde die finanzielle Stabilität Griechenland neue wirtschaftliche Aussichten eröffnen. Nun müssten die Lasten der Austeritätspolitik sozial gerecht verteilt werden. Der „Grexit" sei eine Sache der Vergangenheit.

Tatsächlich hatte die griechische Bevölkerung mit dem „Nein" im Referendum vom 5. Juli der Regierung keinen Blankoscheck zum Euro-Austritt erteilt. Die Propaganda aus Berlin und Brüssel stellte das Referendum als eine Entscheidung für oder gegen den Euro dar. Die Hoffnung war, dass sich die Griechen wie einst die Bürger der DDR im Jahr 1990 nicht gegen das „Westgeld" entscheiden würden. SYRIZA gelang es, mit der Anknüpfung an die Protestkultur und dem Versprechen auf eine Verhandlungslösung das „Nein" zum Erfolg zu bringen. Nun liegt das Verhandlungsergebnis vor. Wenn damit tatsächlich die Zeit der ständigen Debatten über den Verbleib Griechenlands im Euroraum vorbei ist, bleibt doch die Frage: Welche Perspektive hat die griechische Wirtschaft in diesem Rahmen? Dabei geht es um Fakten, nicht um Glauben und Spekulationen.

Völlig unabhängig von den einzelnen Punkten des Austeritätsprogramms wird eine Stabilisierung des griechischen Finanzsystems zweifellos positive Folgen haben. Allein seit November 2014 haben griechische Sparer und Unternehmen mindestens 40 Milliarden Euro von ihren Bankkonten abgehoben und „unter der Matratze" oder ins Ausland geschafft. Fließt nur ein Teil dieser Mittel in die griechischen Banken zurück, so wirkt schon das wie ein Konjunkturprogramm. Wenn darüber hinaus die Schuldenzahlungen des griechischen Staates mit einem neuen Memorandum aufgefangen werden, dann könnte der brutale Rückgang öffentlicher Ausgaben im letzten Vierteljahr, entstanden durch ein Zusammenkratzen aller Reserven um den Schuldendienst zu leisten, beendet werden. Vielleicht gibt es dann sogar wieder öffentliche Aufträge für Unternehmen.

Wie sieht es aber mit der mittelfristigen Perspektive aus? Zunächst ein Blick zurück. Die griechische Wirtschaftsstruktur hat sich in den letzten 20 Jahren stark geändert. Zwischen 1995 und 2007 ist die griechische Wirtschaft massiv gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs in dieser Zeit auf preisveränderungsbereinigter Basis um 55 Prozent; es lag 2007auf einem Niveau von 155 Prozent, wenn wir 1996 gleich 100 setzen. In der Krise seit 2009 ist die Wirtschaftsleistung dann drastisch eingebrochen. Sie ist heute etwa dort, wo sie vor 15 Jahren im Jahr des Beitritts zur Eurozone lag. Neben den direkten Wirkungen der Krise waren es die Austeritätsprogramme nebst hohem Schuldendienst, die zu diesen massiven BIP-Einbruch bewirkten.

Der größte Teil der „Bruttowertschöpfung" entfällt in Griechenland - wie anderswo - auf die Dienstleistungsbereiche. Ohne Tourismus und Schifffahrt geht nichts. Das bedeutet aber nicht, dass die klassischen Sektoren unwichtig sind, im Gegenteil. Gerade hier zeigen sich stabilisierende und destabilisierende Entwicklungen der griechischen Ökonomie. So ging der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung von 1995 bis 2007 von 8 auf 3 Prozent zurück; er liegt heute stabil bei 4 Prozent. Der Anteil der Industrie sank von 15 Prozent im Jahr 1995 auf 13 Prozent im Jahr 1998 und hielt sich seither etwa auf diesem Niveau, 2014 waren es 12 Prozent. Die massive Strukturkrise der griechischen Industrie lag in den frühen neunziger Jahren. Die Hoffnungen auf den Euro-Beitritt waren nicht zuletzt eine Reaktion auf diese Krise. Die Konjunkturschwankungen seither zeichnen sich in einem Bereich deutlich ab: im Baugewerbe. Mitte der 1990er Jahre brachte es dieser auf einen 6-Prozent-Anteil. 2004 waren es dann satte 9 Prozent. 2014 waren es nur noch knapp 2 Prozent der Bruttowertschöpfung.

Deutlich zugenommen hat die Importabhängigkeit des kleinen Landes. 1995 importierte Griechenland Waren und Dienstleistungen im Umfang von 22 Prozent des BIP. Schon im Jahr 2000 – mit der Aussicht auf den Euro-Beitritt zum 1. Januar 2001 – waren es 35 Prozent. Dabei ist es seither im wesentlichen geblieben. Allerdings liegt damit die griechische Importquote immer noch unter dem EU-Durchschnitt (42,9%) und deutlich unter dem Durchschnitt von anderen Peripherieländern wie Portugal (39,4%) , Rumänien (41,1%) oder Bulgarien(67,9%).

Die Exporte konnten mit den wachsenden Importen nicht Schritt halten. Das größte Defizit im Außenhandel entfiel auf die Jahre von Boom und Crash: 2007 bis 2010. Zusammengerechnet entstanden im griechischen Außenhandel von 1995 bis heute Defizite und damit Auslandsschulden in einer Höhe von 314 Milliarden Euro. Mehr als zwei Drittel davon bildeten sich zwischen dem Eurobeitritt und Ende 2010.

Für wirkliche Veränderungen nötig wären umfangreiche Investitionen. Teil der Brüsseler Vereinbarung vom 12. Juli ist es, den Zugang Griechenland zu EU-Fördermitteln im Umfang von 35 Milliarden Euro zu erleichtern. Was bedeutet das? Im Jahr 2008 betrugen die Investitionen in Griechenland 57,5 Milliarden Euro. In 2014 - dem Jahr des von Brüssel hoch gelobten realen Wachstums - waren es knapp 21 Milliarden. Die angekündigten Fördermittel entsprechen also noch nicht einmal dem Rückgang der Investitionen in einem Jahr. Und die versprochenen 35 Milliarden werden bestenfalls verteilt auf mehrere Jahre ausgezahlt. Weitreichende Veränderungen der griechischen Wirtschaft sind mit solchen Mitteln nicht zu erwarten. Ein fester Platz an der Peripherie des Eurosystems - mehr versprechen die Eliten in Berlin, Paris und Brüssel der griechischen Bevölkerung nicht.

Nach Jahren des wirtschaftlichen Niedergangs und einer zutiefst beängstigenden Krise des Finanzsystems ist schon die vage Aussicht auf eine Stabilisierung - dass es nicht mehr schlechter wird! - eine nicht zu unterschätzende positive Botschaft.

Allerdings bedeutet das neue Austeritätsprogramm, das mit der Vereinbarung vom 13. Juli aufgezwungen wird, die Fortsetzung der bisherigen Austeritätsprogramme. Deren Folgen sind bekannt und wurden beschrieben. Noch höhere Verbrauchersteuern – mit einem allgemeinen Mehrwertsteuersatz von 23 Prozent, was EU-Rekord ist – und nochmalige Rentenkürzungen müssen die Binnennachfrage zumindest auf mittlere Frist erneut senken. Die Mehrwertsteuererhöhungen bei Restaurants und die Beseitigung der Steuervergünstigungen für die griechischen Inseln werden die wichtige Tourismus-Branche schädigen bzw. die relativen Vorteile der Konkurrenz – z.B. in der Türkei – vergrößern. Die Rückführung der Steuervorteile in der verbliebenen Landwirtschaft wird die wichtige Belebung derselben verhindern. Sieht man also von den kurzfristigen Aufwärtseffekten ab, die mit der jüngsten Krise zu tun haben, so sind die weiteren konjunkturellen Aussichten alles andere als rosig.

Doch nach den großen öffentlichen Mobilisierungen der letzten Jahre werden die Menschen in Griechenland nicht einfach bescheiden in ihr Privatleben zurückkehren und auf dem Markt ein Auskommen suchen.

Gründe für die Suche nach Alternativen finden die Leute überall. Selbst die nüchterne Statistik gibt ihnen Recht: Kaum ein Land der Eurozone ist von so offener ökonomischer Ungleichheit geprägt, wie Griechenland. Das lange Wachstum bis 2007 hat zwar den Anteil der Unternehmen und Selbständigen am „Volkseinkommen" der offiziellen Statistik sinken lassen - aber er lag immer über 50, zumeist deutlich über 60 Prozent. Selbst nach Berücksichtigung des hohen Selbständigenanteils von 30 Prozent der Erwerbstätigen ist das ein ganz außerordentlicher Wert. Gerade an dieser Stelle wird mit oder ohne SYRIZA um Vorschläge für eine sozial gerechte Verteilung der Krisenlast gekämpft werden.

Foto: Iakovos Hatzistavrou

Alexis Tsipras, Rede vor Europäischem Parlament vom 8. Juli:
„ Ich möchte in Erinnerung rufen, dass der stärkste Moment der Solidarität der modernen europäischen Geschichte 1953 war, als unser Land nach zwei Weltkriegen völlig überschuldet und geplündert war und Europa und die europäischen Völker [einschließlich Griechenlands; FCH-Red.] bei der Londoner Konferenz 1953 die maximale Solidarität zeigten, als sie die Streichung von 60 Prozent der Verschuldung Deutschlands sowie eine Wachstumsklausel beschlossen. Dies war der signifikanteste Augenblick der Solidarität in der modernen europäischen Geschichte."

Anonym, aus dem Inneren der Gang:
„Am Wochenende, als die EZB auf die Bremse trat, hatten wir den Herzstillstand. Jetzt sind wir bei den Folgeschäden. Einige Organe sind betäubt. Einige arbeiten nicht mehr. Andere versuchen es, haben aber zu wenig Blut. […] Wir haben ihre Macht unterschätzt. Es ist eine Macht, die tief in der Gesellschaft steckt. […] Wir haben keine Hebel. Das Europäische Haus ist kafkaesk."

Interview vom 8. Juli mit einem ungenannten Teilnehmer der griechischen Verhandlungsdelegation. Quelle siehe Kasten S. 2

Anzeigen

www.marxistische-blaetter.de

Griechenland und wir

Mit Beiträgen von Lucas Zeise, Klaus Wagener, Manfred Seckendorf, Frank Slijper (NL), Tibor Zenker (A), Phillip Becher, Nikolas Theodorakis (PAME) …

Weitere Themen u. a.: Eskalation im DGB? (Frank Deppe) | Tarifeinheitsgesetz (Rainer Perschewski) | Machtkampf, Streikrecht, Solidarität (Winfried Wolf) | »Vulgärmarxismus« (Leo Kofler) | Rüstungswirtschaft und Erneuerung (Arno Klönne) | Geld und Zins bei Gesell und Marx (Stefan Leibold) | Medien und Ukraine (Wolfgang Bittner) und vieles mehr.

Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Telefon 0201-23 67 57

Flüchtlinge zu Fuß auf dem Weg zur Grenze · Foto Vasilis Tsartsanis

Flüchtlinge – EU – Griechenland

Solidarische Netze an erster Stelle bei der Versorgung der massenhaft ankommenden Flüchtlinge

Die Zahl der Flüchtlinge, die aus Nordafrika, Syrien, Eritrea, Afghanistan und anderen Regionen nach Europa kommen, wächst deutlich. Die Quellen der Flucht sind im Wesentlichen immer die zwei Folgenden: Zum einen Kriege und Zerstörung; zum anderen die wirtschaftliche Misere und Hunger. In beiden Fällen tragen die OECD-Staaten und dabei in erheblichem Maß die Europäische Union einen großen Teil der Verantwortung. Sie liefern die Waffen für diese Kriege. Sie bombten Libyen und Afghanistan in den jetzigen Zustand von Unkontrolliertheit und Massenelend. Sie stützten zunächst jahrelang das Assad-Regime in Syrien (und profitierten dabei übrigens auch von den Foltertechniken der dortigen Verantwortlichen), um danach umzuschwenken und massenhaft eine Opposition zu bewaffnen, aus der auch die Terrorkräfte des „Islamischen Staats" hervorgingen.

Es sind auch diese OECD-Staaten im Allgemeinen und die EU im Besonderen, die den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen, Freihandelsabkommen aufzwingen. Die Resultate sind der Ruin der bestehenden regionalen Wirtschaften, Hunger, Armut – und eben Hunderttausende Flüchtlinge.

Wenn diese Menschen an den Grenzen Europas stranden, dann ist die viel zitierte „europäische Solidarität" den Fetzen Papier, auf dem sie steht, nicht wert. Seit Monaten wird darum gestritten, ob und wie wenige Zehntausend Flüchtlinge auf einzelnen EU-Staaten verteilt werden könnten – und damit Italien und Griechenland etwas entlastet werden könnten. In Wirklichkeit geht es um Hunderttausende Flüchtlinge. Wobei im ersten Halbjahr 2015 in Griechenland 68.000 Flüchtlinge registriert wurden und in Italien etwas weniger, nämlich 65.000. Und es ist die von SYRIZA geführte Regierung, die gebeutelt wird von der organisierten Erpressung durch die EU, die dennoch effektive Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge im Land ergriff.

Aufschrei aus Idomeni im Norden Griechenlands

Wo Europa Augen und Ohren schließt und Verbote erlässt, da wachsen kriegsähnliche Gefahren heran. Mafiaartige Gruppen bereichern sich an hilflosen Flüchtlingen: Die mörderischen Märsche syrischer, afghanischer und afrikanischer Flüchtlinge an den Grenzen Nordgriechenlands zu FYROM (Mazedonien). Wir fordern die Politiker und Politikerinnen Deutschlands auf, nach Nordgriechenland zu kommen und Augenzeugen zu werden des Elends und der Todesgefahr unzähliger Flüchtlinge an den „Grenzen innerhalb Europas"! Dieser explosive Brennpunkt ist nicht im Bewusstsein unserer Verantwortlichen! Tausende Männer, Frauen und Kinder kommen per Bahn oder viele Kilometer zu Fuß, hausen erschöpft auf Feldern und im Schilf nahe der Grenze zu Makedonien. In Gruppen ziehen sie mit Schleppern und anderen Grenzhelfern los. Die mazedonischen Grenzbeamten wehren sie oft tagelang ab, dann wieder lassen sie Gruppen weiterziehen. Diese wappnen sich mit Stöcken und Stangen, weil sie wissen, dass jenseits der Grenze Banden und auch (Polizei-) Einheiten auf sie warten, um ihnen ihr letztes Hab und Gut und auch ihre Pässe zu entreißen. Letztere zirkulieren vielfach später in Europa und bieten u.a. kriminellen Kräften Schutz. Täglich werden Fälle von Gewalt durch Banden registriert: Flüchtlinge kommen schwer verletzt zurück. Blutende und zerschlagene Menschen finden dabei kaum Versorgung in dem kleinen 20 km entfernten Gesundheitszentrum in Polikastro, das noch nicht einmal einen Krankenwagen zur Verfügung hat. Das 50 Kilometer entfernte Krankenhaus in Kilkis ist kaum erreichbar ohne Hilfe Dritter. Viele jedoch melden sich trotz Verletzungen nicht, aus Angst vor Inhaftierung. Sie versuchen es immer wieder, über die Grenze zu gelangen. Augenzeugenberichte über Misshandlungen und Überfälle liegen uns vor. Der Filmemacher Vasilis Tsartsanis hat eine Dokumentation erstellt und einen Aufruf an das Europäische Parlament geschickt. Während angesichts der Massen von Flüchtlingen staatliche und kommunale Organe in Ohnmacht verharren, bewegt sich jedoch die Zivilgesellschaft an vielen Orten: Hausfrauen, Geschäftsleute, Lehrkräfte und Arbeitslose tun sich zusammen: sie kochen, verbinden Wunden, helfen und unterstützen unermüdlich: „Wir wollen keine Gelder für Hilfsmaßnahmen, die Politik soll hier endlich Lösungen finden".
Augenzeugen berichteten von „deutschen Beamten" an den Grenzen FYROMS und in Ungarn. Dort sollen Hunde auf Flüchtlinge losgelassen werden, die sie auf den Boden drücken. Welches Bundestagsmitglied richtet eine Anfrage an den Deutschen Bundestag, damit unter anderem die folgende Frage beantwortet wird: „Wo überall in Europa befinden sich welche deutsche Polizeieinheiten mit wie viel Beamten im Einsatz – zur Abwehr von Flüchtlingen?" Wann endlich sind wir bereit, die brutalen Abschreckungsmaßnahmen umzuwandeln in eine Kultur der europäischen Solidarität und der viel beschworenen Menschenrechte? **Wir fordern Abgeordnete und andere Menschen mit Funktionen auf, jetzt sofort nach Griechenland zu kommen! Nicht erst, wenn es „die Termine erlauben"! Zu Erdbebenopfern kommen sie auch nicht drei Monate später nach der Katastrophe!** Wir begleiten sie mit ortskundigen Unterstützenden nach Idomeni zu den dort im Freien hausenden Flüchtlingen, die darauf warten, dass auch ihre Gruppe endlich von den mazedonischen, bewaffneten Beamten durchgelassen wird. Wir begleiten sie zu Ärzten und der Dorfbevölkerung an der Grenze und stellen Augenzeugenberichte zur Verfügung, damit sie sich selbst ein Bild machen können und dann ihre Stimme erheben: Es müssen **sofort** europäische Lösungen gefunden werden für diese massenhaft ankommenden Menschen in unserer Mitte, die in der Europäischen Union ihr Überleben und ihren Frieden sichern wollen. An der Flüchtlingsfrage entscheidet sich der wahre Geist Europas!

Vasilis Tsartsanis Polikastro,
Dorothee Vakalis, Katerina Notopoulou Thessaloniki,
Dr.Nadja Rakowitz Frankfurt/M,
Gerhard Lanzerstorfer Linz
Kontakt: *vasilis.tsartsanis@gmail.com*

„Ich war in Idomeni …"

Es ist eine Frechheit, wenn die deutschen Medien und Politiker jetzt eine „humanitäre Krise" heraufbeschwören – an der die linke Regierung schuld sein soll. Diese humanitäre Krise ist längst da, und zwar in Folge der Austeritätspolitik und der brutalen Flüchtlingspolitik der EU für all die Geflüchteten, die in Griechenland stranden. Ich war gerade mit einer Solidaritäts-Gruppe in Idomeni, wo sich – wie auch auf den Inseln nahe der türkische Küste – **die Lage dramatisch zuspitzt**. Dort sind hunderte Menschen ohne jegliche Versorgung, ohne Essen und Wasser, ohne Toiletten und ohne Schutz vor Sonne oder Regen, ohne medizinische Versorgung zu Fuß unterwegs ins reichere Europa. Es ist entsetzlich zu erleben, wie Menschen aus Gebüschen gekrochen kommen und um Wasser und Essen bitten. Bilder, wie ich sie bis dahin nur von Hungersnöten in Afrika kannte. Die Bevölkerung vor Ort, die selbst unter der extrem hohen Arbeitslosigkeit leidet und die selbst kaum Geld hat, gibt ihr Letztes, um diesen noch ärmeren Menschen zu helfen. Ihnen gebührt unsere größte Hochachtung. Dass die EU dabei tatenlos zuschaut, verhöhnt all ihre immer wieder vor sich her getragenen Ideale.

Dr. Nadja Rakowitz, Geschäftsführerin Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte siehe: www.vdaeae.de

Fortschritte in der Flüchtlingspolitik

Politik im Schatten der europäischen Abschreckung

Dimitrios Angelidis, Zeitung der Redakteure [EFSYN]

Die griechische Regierung vollzog nach dem Referendum entscheidende Schritte in der Migrations- und Asylpolitik. Sie setzte trotz vieler Probleme eine Politik um, die die Staatssekretärin im neu gegründeten Migrations-Ministerium, Tasia Christodopoulou, als eine Rückkehr zu den griechischen und europäischen Gesetzen und zu den Menschenrechten bezeichnet, welche unter der offen fremdenfeindlichen Politik der vorherigen Regierung gelitten hatten.

Bereits die ersten Aktionen der Regierung im Frühjahr waren von der UNO, vom Europarat und von Menschenrechtsorganisationen begrüßt worden. Sie betrafen die Entlassung aller Gefangenen in den Haftzentren, die dort missbräuchlich festgehalten wurden, weil sie bereits Asyl beantragt hatten, weil sie zu den besonders schutzbedürftigen Gruppen gehörten oder auch weil sie dort vielfach länger als 18 Monate fest saßen.

Es traten jedoch sehr schnell auch Probleme auf, eine solche Politik innerhalb Griechenlands und innerhalb Europas umzusetzen – eine Politik, die sich von der herrschenden Logik der Abschreckung deutlich unterscheidet. Das Versprechen nämlich, dass diese Haft-Zentren in offene Aufnahmeeinrichtungen umgewandelt werden, konnte nicht eingehalten werden. [Anmerkung *FCH*: Noch schätzt man in Nordgriechenland die Zahl der Inhaftierten auf 300, in Amydaleza auf 6oo, jedoch ist die Zeit der Inhaftierung auf 6 Monate verringert worden zu sein. Noch immer werden Menschen ohne Papiere inhaftiert und noch immer gibt es Berichte, dass Personen aus den besonders schutzwürdigen Gruppe dort und in Polizeistationen fest sitzen]. Der Grund liegt darin, dass nach den europäischen Verträgen **die Mittel zur Finanzierung von Haftanstalten nicht einem anderen Zweck zugeführt werden dürfen**. Ausreichende Finanzen zur Aufnahme scheinen jedoch in der EU nicht vorgesehen zu sein. Zudem wurde der massenhaften Ankunft von Flüchtlingen von den Medien und der Opposition mit Panik begegnet. Das hat auch zu einem Einknicken eines Teils der Regierung geführt – insbesondere des Ministeriums, das die Verantwortung für die Polizei hat und dem die Haftzentren unterstehen.

Dennoch geht es voran und sei es auch mit Einschränkungen. Das Parlament verabschiedete am 9. Juli – trotz all der Turbulenzen mit den Gläubigern – mit einer breiten Mehrheit von SYRIZA, Pasok, to Potami und Kommunistische Partei (KKE) einen wegweisenden Gesetzesentwurf. Damit erhalten tausende Migrantenkinder, die entweder in Griechenland geboren wurden oder als kleine Kinder ins Land kamen, die griechische Staatsangehörigkeit. Es werden jedoch strenge Maßstäbe angelegt, die viele Kinder ausschließen. Es soll damit verhindert werden, dass die Verfassung nicht eingehalten wird.

In diesem neuen Gesetzesentwurf werden auch die Verordnungen, die die Beförderung von Menschen ohne Papiere mit privaten oder öffentlichen Mitteln bisher unter Strafe stellten, aufgehoben, und zwar in den Fällen von humanitärer Hilfeleistung (wie Rettung aus Seenot, Beförderung von Hilfsbedürftigen, Beförderung zum Ziel der Asylbeantragung). Der öffentliche Protest hat hier eine Wirkung gehabt.

Zudem wurden mit einer Sonderfinanzierung der EU ein Asylbüro in Thessaloniki und fünf weitere im Land eingerichtet. So kann zumindest ein Teil des noch völlig ungenügenden neuen Asylsystems verbessert werden, welches nun seit zwei Jahren besteht. Zuvor mussten alle Anträge bei der Polizei gestellt werden.

„Seit Jahren versuchen Flüchtlinge mit kleinen Booten von der Türkei aus nach Griechenland überzusetzen. Das brutale Zurückdrängen der Menschen in türkische Gewässer, was die griechische Küstenwache über Jahre systematisch betrieben hat, wurde nach einer Anweisung der neuen griechischen Regierung nahezu vollständig eingestellt. Das waren Sondereinheiten, die maskiert und mit Waffen die Migranten ausgeraubt haben und dann aufs Meer zurückdrängten."

Hagen Kopp, Mitbegründer des bundesweiten Netzwerkes „kein mensch ist illegal" und aktiv in der lokalen Flüchtlingsinitiative „Lampedusa in Hanau". Er hat das von medico unterstützte transnationale Projekt „Watch the Med" sowie das damit verbundene „Alarmphone" mitentwickelt – zwei Initiativen, mit denen Flüchtlinge und MigrantInnen in Seenot unterstützt werden und gleichzeitig Druck auf das europäische Grenzregime ausgeübt werden soll.

An einer Wasserleitung am Grenzstreifen Idomeni · Foto Vasilis Tsartsanis

Die Strafverfolgung von praktischer Hilfe für Flüchtlinge beenden!

Aufruf von Solidaritätsgruppen auf den Inseln Chios, Lesbos und Mitilini [Juni 2015]

Das griechische Gesetz sieht eine Strafverfolgung von 10 Jahren vor für praktische Hilfen bei der Beförderung von Flüchtlingen. Immer wieder wurden Personen von der Polizei festgenommen und dem Staatsanwalt vorgeführt. Dagegen protestierten Solidaritätsgruppen im ganzen Land – auf der Insel Lesbos am 14. Juni 2015 mit einer großen Aktion des Ungehorsams gegen den Staat: Bewohner und Besucher taten sich zusammen und brachten Flüchtlinge von den weit entlegenen, einsamen Stränden zum Hafen, wo sie Hilfen und Schutz erhalten könnten. Aus ihrem Aufruf:

„Nach griechischem Recht stellt der Transport von Bürgern aus dritten Ländern, die über kein Einreiserecht in das griechische Staatsgebiet verfügen, eine Straftat dar. Das gleiche gilt für die Hilfe zur Beförderung innerhalb des Landes, die sowohl mit privaten als auch öffentlichen Verkehrsmitteln verboten ist. Auf der anderen Seite ist eine Ausnahme vorgesehen, im Falle der Beförderung von Menschen, die internationalen Schutz benötigen, gemäß den Auflagen des internationalen Rechts […] Neben der Pflicht des griechischen Staates, Flüchtlingen Schutz zu bieten, die auf internationalen Verträgen basiert, was Vorrang vor der nationalen Gesetzgebung hat, sind auch die Auflagen der griechischen Verfassung eindeutig:

„Der absolute Schutz des Lebens, der Würde und der Freiheit jeder Person, die sich im griechischen Staatsgebiet befindet, ist garantiert, unabhängig von Nationalität, Rasse, Sprache und religiösen oder politischen Überzeugungen." (Artikel 5, Absatz 2).

Wir fordern, dass die Strafverfolgung der tatkräftigen solidarischen Hilfe der Bürger von Lesbos sofort beendet wird, so dass Menschen nicht mehr verfolgt werden, nur weil sie ihre Menschenpflicht erfüllen."

Griechenland registriert mehr ankommende Flüchtlinge als Italien

Aus dem UNHCR Bericht vom 1.7.2015

Seit Anfang des Jahres haben 137.000 Menschen das Mittelmeer überquert und in Europa Zuflucht gesucht. Ein Drittel von ihnen sind syrische Staatsangehörige, die fast immer für einen Flüchtlingsstatus oder andere Schutzformen in Frage kommen. An zweiter und dritter Stelle der Hauptherkunftsländer folgen Afghanistan und Eritrea, deren Staatsangehörige ebenfalls zumeist als Flüchtlinge anerkannt werden.

„Während Europa darüber berät, wie man am besten mit der sich zuspitzenden Krise im Mittelmeerraum umgeht, muss klar sein: Die Menschen, die über das Mittelmeer nach Europa kommen, sind Flüchtlinge, die Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen", sagte UN-Flüchtlingskommissar António Guterres.

Die Daten aus Griechenland, Italien, Malta und Spanien zeigen, dass die Zahl der Ankünfte von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten über das Mittelmeer in der ersten Jahreshälfte um 83 Prozent gestiegen ist (auf 137.000 gegenüber 75.000 im Vergleichszeitraum 2014).

Der Bericht zeigt weiterhin, dass die östliche Mittelmeerroute von der Türkei nach Griechenland die mittlere Mittelmeerroute (von Nordafrika nach Italien) als Hauptfluchtweg über das Meer abgelöst hat.

Die eingeschränkte Infrastruktur in Griechenland mit nur 2.000 Aufnahmeplätzen bedeutet, dass dort völlig unzureichende Bedingungen für neu ankommende Schutzsuchende vorherrschen. Viele Flüchtlinge versuchen daher über Mazedonien und Serbien nach Ungarn zu gelangen. Aktuell überqueren täglich 1.000 Schutzsuchende die Grenze von Griechenland nach Mazedonien; vor einigen Wochen waren es noch 200 pro Tag. Von dieser Route wird zunehmend von gewaltsamen Zwischenfällen und Misshandlungen durch Schmuggler und kriminelle Netzwerke berichtet. Zudem werden Grenzkontrollen verschärft.

„Europa hat die klare Verantwortung, Schutzsuchenden, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, zu helfen", so António Guterres. „Diese Verantwortung abzulehnen, bedroht die Grundfesten des humanitären Systems, das Europa so mühsam aufgebaut hat." Siehe www.unhcr.de

„Macht mit FaktenCheck:HELLAS bitte weiter!“

Interview mit Dimitris Psarras, Redaktion EFSYN, Vizepräsident der EFSYN-Genossenschaft

Seit wann gibt es EFSYN und wo steht Eure Zeitung heute innerhalb des Spektrums der Print-Medien?
Unsere Zeitung wurde im November 2012 ins Leben gerufen. Die meisten von uns arbeiteten bis 2011 in der großen Zeitung „Eleftherotypia“, die durch Beschluss der Eigentümer eingestellt wurde. Die Löhne der Beschäftigten wurden nicht bezahlt; wir streikten sechs Monate lang. Ohne Erfolg. So entschlossen wir uns, eine Zeitung auf genossenschaftlicher Basis zu gründen. Die politische Richtung der Zeitung ergibt sich aus den persönlichen Ansichten eines jeden von uns. Alle Journalistinnen und Journalisten haben das Recht, ihre individuellen Ansichten, versehen mit ihrer Unterschrift, zum Ausdruck zu bringen. Natürlich gibt es auch eine „Zentral“-Meinung: Wir sind natürlich links und pro-SYRIZA eingestellt. Besonders wichtig ist: Unsere Zeitung ist die einzige große griechische Zeitung mit fortwährend wachsender Auflage.

Wie sehen Eure internen Strukturen aus?
Wir bildeten eine Genossenschaft, in der alle in unserem EFSYN-Team gleichberechtigt mitmachen und Anteile haben. Das heißt: Journalisten ebenso wie die „Techniker“. Jeder brachte 1000 Euro ein. Und jeder und jede arbeitete zwei Monate lang ohne Bezahlung. Dies war unser Anfangskapital.

Jetzt haben wir alle denselben Lohn. Erneut: „Kopfarbeiter und Handarbeiter“, also „Techniker“. Der Direktor, die Redaktion und der Vorstand der Genossenschaft werden von allen Mitgliedern gewählt. Die wichtigen Entscheidungen werden von der Generalversammlung getroffen.

Die Woche vor dem Referendum stellte ohne Zweifel eine besondere Herausforderung für eine linke Tageszeitung dar. Hatte das bei Euch konkrete Folgen?
Die Zeitung war natürlich Teil der Kampagne für ein „Nein“. Allerdings gab es auch einige EFSYN-Journalisten, die für „Ja“ waren. Unsere wesentliche Aufgabe sahen wir darin, die Propaganda der anderen Medien zu beantworten, wonach die Frage des Referendums ein Ja oder Nein zu Europa und zum Euro sei. Die Folgen waren für uns zunächst positiv. Am Freitag vor dem Referendum war EFSYN die erste Zeitung! Aber jedes Wunder währt nur drei Tage. Sehr schnell mussten wir feststellen, dass die Kreditgeber nicht Demokratie haben, sondern nur ein neues hartes Memorandum erzwingen wollen.

Die dritte Ausgabe von FaktenCheck: HELLAS lag EFSYN am 22. Juni bei. Welche Resonanz gab es?
Diese Ausgabe war sehr wichtig für uns und für unsere Leserschaft. Die Existenz eines solchen wichtigen journalistischen und politischen Blattes für die Solidarität der Völker Europas mit Griechenland ist hilfreich für die Bemühungen des griechischen Volkes, den Folgen der Krise zu entkommen. Wir erhielten viele Kommentare. Und: Alle waren sie positiv.

Wie wurde bei Euch das neue Austeritätsprogramm aufgenommen, das vom griechischen Parlament am 11. Juli angenommen wurde?
Es war sehr schwierig, sich von der Euphorie des Referendums in die harte Realität des neuen Memorandums zu begeben. Wir stellen fest, dass es im Vergleich zu früheren Memoranda, eine Verbesserung gibt, so z.B. erstmals die Besteuerung von Reedern. Aber es stimmt: Wir haben ein neues Austeritätsprogramm. Wir wissen [zum Zeitpunkt dieses Interviews; FCH-Red.] noch nicht, ob es eine endgültige Übereinstimmung mit den Gläubigern gibt. Sie verlangen immer neue Zugeständnisse von der griechischen Regierung, die nicht akzeptiert werden können. Sicherlich gibt es zum ersten Mal einige Länder, die Griechenland unterstützen. Aber der Preis ist zu hoch.

Hast Du Bitten für das Projekt Fakten Check:HELLAS?
Ich kann verstehen, daß im Rahmen des Projektes FCH viele Fragen und Zweifel über die neuesten Entwicklungen entstanden sind. Es ist ganz natürlich, dass diese Entwicklungen zu unterschiedlichen politischen Interpretationen führen. Aber die Solidarität mit dem griechischen Volk ist gerade jetzt wichtiger denn je. Ich möchte klarstellen, daß wir alle, die wir die SYRIZA-Regierung unterstützt haben und wir in der Referendumskampagne für ein „Nein“ warben, keine Illusionen haben. Mein Wunsch ist: Machen Sie mit dem Projekt FaktenCheck:HELLAS, das Sie bisher so erfolgreich betrieben haben, weiter. Wir haben Vertrauen in Sie. Und wir bitten Sie, uns und dem griechischen Volk zu vertrauen.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, im Namen des Zentralkomitees von SYRIZA begrüße ich aus der Tiefe meines Herzens Eure Initiative FaktenCheck:HELLAS und wünsche dem Projekt allen Erfolg. Initiativen wie die Eure geben nicht nur dem kämpfenden Volk in Griechenland die notwendige Luft zum atmen. Gleichzeitig entwickelt Ihr mit Euerm Projekt die internationale Einheit und stärkt diejenigen, die frei denken und die sich gegen die Spaltungen, die Nationalismen und den Rassismus engagieren. Diese internationale Solidarität gibt uns und Euch die erforderliche Kraft für den Kampf und die Hoffnung, dass diese Welt verändert werden kann.
Ich würde mich freuen in Bälde zu sehen, wie sich Euer Projekt europaweit verbreitet. Ganz besonders freut es uns, wenn wir in Athen die Nachrichten aus *Faktencheck:HELLAS* und die Stimme der Solidarität von *deutschen* Freundinnen und Freunden lesen.

Athen, 7. Juli 2015
Tasos Koronákis – Sekretär des ZK der SYRIZA

Aus der Redaktion von EFSYN, Athen am 6. Juli 2015, anlässlich der Übergabe einer FaktenCheck:HELLAS-Spende in Höhe von 10.000 Euro für die EFSYN-Redaktion. Die Übergabe musste in bar erfolgen, da der Bankweg bereits verschlossen war. Von links nach rechts: EFSYN-Chefredakteur Nikolas Voulelis, Winfried Wolf (FCH) und Dimitris Psarras, Vizepräsident der EFSYN-Genossenschaft. Unten: Die EFSYN-Ausgabe vom gleichen Tag, dem 6. Juli 2015, mit dem geschockten Eurogroup-Chef J. Dijsselbloem und dem überwältigenden Referendums-Ergebnis von 61,3 Prozent „Nein“ zu dem Diktatangebot, das die wahre Troika, bestehend aus IWF, EU und Berliner Regierung, der griechischen Bevölkerung aufzwingen wollte. Und das sie dann eine Woche später dennoch aufzwingen konnte

FaktenCheckHellas wird herausgegeben von:
Tom Adler Stuttgart, IGM, Stadtrat, ehem. BR Daimler · **Prof. Elmar Altvater** Berlin · **Rolf Becker Hamburg** ver.di, Schauspieler · **Prof. Armin Bernhard** Essen · **Georg Brzoska** Berlin, Soziologe · **Nikos Chilas** Athen/Berlin, Journalist (To Vima) · **Prof. Ulrich Duchrow** Heidelberg · **Jochen Dürr** Schwäbisch Hall, Bundessprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft / DIE LINKE · **Lothar Geisler** Marxistische Blätter · **Leslie Franke** & **Herdolor Lorenz** Film „Wer rettet wen?“· **Prof. Georg Fülberth** Marburg/L. · **Andreas Gkolfinopoulos** & **Leandros Fischer** Köln, Initiative „GriechInnen und ZypriotInnen gegen Austerität/NRW“ in Gründung · **Annette Groth** Stuttgart, MdB Die LINKE, Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe · **Heike Hänsel** Tübingen, MdB Die LINKE · **Jürgen Harrer** Köln, Verleger · **Prof. Rudolf Hickel** Bremen · **Inge Höger** Berlin, MdB DIE LINKE · **Ulla Jelpke** Berlin, MdB DIE LINKE, Innenpolitische Sprecherin der Fraktion · **Angela Klein** Köln, Journalistin · **Anton Kobel** Mannheim, ehem. Gewerkschaftssekretär hbv/ver.di · **Bernd Köhler** Mannheim, Musiker · **Gregor Kritidis** Hannover, Sozialwissenschaftler · **Stephan Krull** Magdeburg, ehem. Betriebsrat VW Magdeburg · **Prof. Hans Jürgen Krzymanski** Münster · **Thomas Kuczynski** Berlin · **Sabine Leidig** Hanau, MdB DIE LINKE · **Volker Lösch** Berlin, Regisseur · **Prof. Ingrid Lohmann** Hamburg · **Prof. Birgit Mahnkopf** Berlin · **Prof. Mohssen Massarrat** Berlin · **Prof. Norman Paech** Hamburg · **Alexis J. Passadakis** Frankfurt/M., Politikwissenschaftler · **Tobias Pflüger** Tübingen, Stellvertretender Parteivorsitzender DIE LINKE · **Christine Prayon** Stuttgart, Kabarettistin · **Nadja Rakowitz** Frankfurt/M., express · **Prof. Dr. Günter Rausch** Freiburg/Brsg. · **Werner Rügemer** Köln Philosoph · **Conrad Schuhler** München, isw · **Walter Sittler** Stuttgart, Schauspieler · **Sybille Stamm** Stuttgart, ehem. Landesbezirksleiterin ver.di, Vorstand Rosa-Luxemburg-Stiftung · **Margarita Tsomou** Berlin, Kulturwissenschaftlerin · **Dorothee Vakalis** Thessaloniki, Pfarrerin i. R. · **Antje Vollmer** ehem. Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags · **Sahra Wagenknecht** Düsseldorf, MdB Die LINKE, stellvertretende Fraktionsvorsitzende · **Harald Weinberg** Nürnberg, MdB DIE LINKE · **Winfried Wolf** Michendorf · **Mag Wompel** Bochum, labournet.de · Lucas Zeise Frankfurt/M · **Prof. Susan Zimmermann** Wien

Die Funktionsangaben dienen ausschließlich der Kenntlichmachung der Person

Organisationen, Initiativen und Publikationen, die FaktenCheck:HELLAS unterstützen:
attac · akl – antikapitalistische Linke (in der Partei DIE LINKE) · express · Hamburger Solidaritätsgruppe Griechenland · isl · Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie · Sand im Getriebe – SiG · SAV